

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE / 1 9 7 8

PROCESSO VERBALE PROTOKOLL

della 174. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 5. April 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Mollignoni
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Dr. Alfons Bernikter (entsch.)
Abwesende ABGEORDNETE: Dr. Franz Spögler (entsch.)
Maria Bertolini (entsch.)
Ing. Giorgio Pasquali (entsch.)
Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)
Rag. Silvio Nicolodi (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Behandlung des Haushaltsvoranschlages 1978 fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 9.50 Uhr.

Als erster ergreift der Abg. Stecher das Wort, um auf einige Äußerungen der Vorredner zu antworten. Gegen objektive politische Behauptungen sei seine Partei nie kritikempfindlich gewesen: der Abg. Dubis könne denken was er wolle, aber Gouthier habe die Behauptungen von denen Dubis sprach, nie in den Mund genommen. Auch hätte er niemals im Sinne gehabt, die Südtiroler zu erpressen. Die kürzlich in Rom erfolgte Stellungnahme des DC-Provinzialsekretärs Ferretti bezüglich Kommunisten bezeichnet Stecher als üble Verleumdung. Auch habe Dr. Achmüller über die KPI nie gesagt, die leicht zu widerlegen sind; Stecher zitiert einige Auszüge aus dem Buche von Klaus Gatterer "im Kampf gegen Rom". Im Parlament habe die KPI für das Autonomiestatut gestimmt. Was die Doppelsprachigkeit angeht, stehe die KPI fest zum Prinzip einer vernünftigen Anwendung. Was aber Achmüller über die Rolle der deutschsprachigen Kommunisten in Südtirol gesagt habe, habe er den Bogen bei weitem überspannt. Dazu nimmt kurz Präsident Mognoni Stellung: Stecher dürfe den Ausspruch Achmüllers nicht als persönlichen Angriff werten. Dazu ergänzt der Abg. Achmüller, daß er den Ausdruck "Verleumdung" zurückweisen müsse, und er den Ausspruch "nützliche Idioten" absolut nicht persönlich aufgefaßt habe.

Der Abg. Jenny meldet sich in der Generaldebatte abermals zu Wort, um noch einige Präzisierungen zu machen. Unter anderem betont er, daß der Landeshauptmann laut Autonomiestatut auch den Staat vertrete; er bezeichnet die Stellungnahme Dubis zum Kommunismus als einen Mangel an Objektivität und Toleranz; der Besuch von Strauß sei unzumutbar und stelle eine Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten dar. Seine Partei stehe zu Proporz und Zweisprachigkeit, doch müßten die Bestimmungen mit Elastizität angewandt werden, sonst könne es zu Auswüchsen kommen, wie sie Demetz für Gröden beschrieben habe. Ausführlich beschäftigt sich Jenny mit dem Problem des Baues der deutschen Mittelschule in Neumarkt, und bezeichnet das Vorgehen der SVP als Apartheidpolitik. Die vom Kulturassessorat verteilten geographischen Berichte über Südtirol, stellen für die Bevölkerung eine Provokation dar.

Nun folgen die Repliken der zuständigen Landesräte. Als erster ergreift Landesrat Dr. Anton Zelger das Wort. Zu den Schulproblemen

habe die Abg. Bertolini bereits gesprochen; in den Schulen sei eine Verpolitisierung im Gange, mit dem Ziel unser System aus den Angeln zu heben und die SVP zu spalten. Auf die Probleme des Schulbaus von Neumarkt zu sprechen kommend betont Zelger, daß jede Volksgruppe ein ureigenes Recht auf eigene Ausbildung und auch das Recht auf ein eigenes Schulhaus habe. Die Absicherung sei keine Apartheidpolitik, Jenny wolle eine integrierte Schule, und Zelger betont, daß je klarer man trenne, desto besser könne man sich verstehen. Was Neumarkt betrifft, seien die Beschlüsse vollkommen klar, und der Bau eines Schulhauses für die deutsche Sprachgruppe, sei im Koalitionsprogramm der Parteien festgelegt. Zum Thema Zweisprachigkeit meint Zelger, daß keine perfekt zweisprachige Gesellschaft angestrebt werde, wohl aber sollte sich jeder gemäß seinem Bildungsgrad in der zweiten Sprache ausdrücken können. Zelger geht dann noch auf zahlreiche Einzelprobleme ein, wie Behindertenbetreuung, für die mehr getan werden müsse, Schulgremien, Weiterbildung, Kunstschule in Gröden, Jugendbetreuung usw..

Ende der Vormittagssitzung um 12.30 Uhr.

Beginn der Nachmittagsitzung um 15.40 Uhr.

Frau Landesrat Gebert-Deeg befaßt sich mit der Kranken- und Behindertenbetreuung, wobei sie betont, daß die Behindertenbetreuung nicht nur eine sanitäre, sondern auch eine schulische Angelegenheit sei. Sie spricht von einigen Gemeinden, die Projekte für die Errichtung von Kinderkrippen ausgearbeitet hätten, sie kommt auf das Drogenproblem zu sprechen und betont, daß vom Lande einiges unternommen wurde, es sich aber um eine sehr heikle Materie handle, bei der Vorsicht und vernünftiges Vorgehen am Platz seien. Weiteres spricht Landesrat Gebert-Deeg von den Krankenpflegerkursen, die derzeit von 290 Anwärtern besucht würden, aber noch bei weitem nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken, der immer größer werde. Was den ethnischen Proporz betrifft, so sei im Krankenhauswesen vorgesehen, daß die Stellen für eine Volksgruppe die nicht im Stande wäre diese mit eigenen Angehörigen zu besetzen, selbige von den Angehörigen der anderen Volksgruppe besetzt werden könnten, allerdings unter der Voraussetzung der Doppelsprachigkeit; denn der Kranke habe das Recht, sich in der eigenen Muttersprache mit dem Pflegepersonal verständigen zu können. Weiters behandelt Landesrat Gebert-Deeg, das Problem der Krankenbetreuung der Landwirte, der Langzeitkranken, Arbeitsmedizin, Kindergärten und der Sexualerziehung.

Landesrat Mayr nimmt ausführlich zu den Fragen der Energiewirtschaft Stellung: ausführlich behandelt er die Bergelektrifizierung und betont, daß es noch 970 Berghöfe ohne Strom gebe; für die Erschließung von einem Drittel dieser Höfe werden im Juni die Arbeiten vergeben, für den Rest sei die Projektierung bereits fertig. Bewährt habe sich die Durchführung vieler Arbeiten in Eigenregie. In Zusammenarbeit mit dem ENEL sei besonders seit dem Übergang der Kompetenzen auf das Land alles eher als gut. Das von der Zentralregierung rückverwiesene Landesgesetz, betreffend den Thermozuschlag, werde man demnächst in einer neuen Fassung wieder vorlegen. Die Abgaben der Großkonzessionäre entsprechen nicht den heutigen Verhältnissen. Eingehend befaßt sich Mayr auch mit der Wildbachverbauung und gibt gleichzeitig seiner Verwunderung Ausdruck, warum Nicolodi an der von der Landesregierung herausgegebenen Broschüre wegen der Kosten Kritik geübt habe. Er kommt dann auch auf die jüngste Überschwemmung in Ulten zu sprechen, die durch unsachgemäße Öffnung der Schleusen verursacht wurde. Abschließend beschuldigt Mayr den Abg. Jenny der Überempfindlichkeit und wirft ihm vor, keine echte Beziehung zu Südtirol zu haben.

Landesrat Oberhauser behandelt eingehend Probleme der Gemeindeaufsicht. Der Entzug der Finanzhoheit habe sich als großer Fehler erwiesen, das Land habe den Gemeinden mit der Zuteilung großer Geldmittel wieder mehr Bewegungsfreiheit verschafft. Sehr ausführlich beschäftigt er sich mit der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden; daß die Bezirksgemeinschaften noch nicht gesetzlich geregelt wurden, sei kein Fehler, denn die Tendenz gehe immer mehr in Richtung der Verbandgemeinden - er verweist dabei auf das Beispiel Bayern - doch sollen bestimmte Aufgaben auf übergemeindlicher Ebene gelöst werden, etwa nach dem Vorbild der heutigen Mittelschulkonsortien.

Landesrat Rubner kommt eingehend auf das Straßenproblem zu sprechen, und betont, daß die Erschließung der Berggebiete, das beste Mittel gegen die Abwanderung sei. Eingehend spricht er über die Schwierigkeiten beim Bau der Jensingerstraße, betont aber, daß das Land weiterbauen werde; die Straße nach Proveis werde von der Nachbarprovinz sabotiert; mit dem Bau des neuen Landhauses in der Südtirolerstraße gehe es nicht weiter, weil die Gemeinde Bozen immer noch keinen Durchführungsplan erstellt hat. Für öffentliche Bauten stelle die Landesregierung in den nächsten drei Jahren 40 Milliarden Lire bereit.

Zu den Doppelsprachigkeitsprüfungen seien im vergangenen Jahr 10.000 Kandidaten angetreten, und bereits 6.000 hätten sich heuer gemeldet. Sehr ausführlich spricht Rubner über die damit zusammenhängenden Probleme, und betont, daß die italienischen Politiker es versäumt hätten, etwas zu unternehmen; es sei deshalb nicht Schuld der SVP, wenn heute die italienische Sprachgruppe Opfer bringen müsse, zumal bisher die Südtiroler allein Opfer bringen mußten. Die Gewerkschaften müßten sich diesbezüglich mehr engagieren.

Landesrat Marcon nimmt ausführlich zum Problem Industrie Stellung und zählt die von der Landesregierung unternommenen Maßnahmen auf, wobei er betont, daß trotz der Krise neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Was den mittelfristigen Kredit angeht, so befinde er sich wegen Mangel an Liquidität in Schwierigkeiten. Die Provinz sei mit 5 Milliarden Lire eingesprungen, um die wichtigsten Projekte finanzieren zu können. Abschließend antwortet Marcon auf die von Stecher, Sfondrini und Erschbaumer aufgeworfenen Probleme, und kommt noch auf die Berufsausbildung zu sprechen.

Der Präsident vertagt nun die Sitzung auf Dienstag, den 11. bzw. Mittwoch, den 12. April, wobei er für Dienstag abends die Abhaltung einer Nachtsitzung nicht ausschließt.

Ende der Sitzung um 18.40 Uhr.

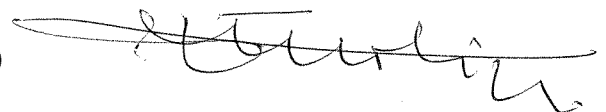
/tm

DIE SEKRETÄRE

- Rosa Franzelin-Werth 
- Toni Kiem 
- Avv. Anselmo Gouthier (entsch.)

DER PRÄSIDENT

- Prof. Decio Mologni



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA / 1 9 7 8
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 174^a seduta tenuta a BOLZANO il giorno 5 aprile 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Malignoni Prof. Decio
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Durnwalder Dr. Luis

Assistono i SEGRETARI: Franzelin-Werth Rosa
Beisitz der SEKRETÄRE: Kiem Toni

Sono assenti i CONSIGLIERI: Benedikter Dr. Alfons (giust.)
Abwesende ABGEORNETE: Spögler Dr. Franz (giust.)
Bertolini Maria (giust.)
Pasquali Ing. Giorgio (giust.)
Gouthier Avv. Anselmo (giust.)
Nicolodi Rag. Silvio (giust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire la trattazione del Bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1978.

La seduta inizia alle ore 9.50.

Prende per primo la parola il consigliere Stecher per prendere posizione su alcune dichiarazioni fatte dagli oratori che^{lo} hanno preceduto. Egli tiene a precisare che di fronte ad affermazioni politiche obiettive il suo partito é sempre stato aperto ad eventuali critiche. Egli osserva che il consigliere Dubis é libero di pensare come vuole, ma che il consigliere Gouthier non ha mai sostenuto le cose di cui il consigliere Dubis ha parlato. Egli aggiunge inoltre di non avere mai avuto l'intenzione di ricattare i sudtirolesi. Il consigliere Stecher definisce calunnia gratuita la presa di posizione del segretario provinciale della DC Ferretti, fatta recentemente a Roma in merito ai comunisti. Il consigliere Achmüller ha espresso, da parte sua, dei giudizi in merito al PCI che possono facilmente essere confutati. Dopo aver citato alcuni passi dal libro di Klaus Gatterer "Nella lotta contro Roma", egli sottolinea che il PCI in Parlamento ha votato a favore dello Statuto di autonomia. Per quanto riguarda il bilinguismo, il consigliere Stecher precisa che il PCI sostiene il principio della sua sensata applicazione. Egli osserva inoltre che quanto rilevato dal consigliere Achmüller in merito al ruolo dei comunisti di lingua tedesca in Alto Adige va oltre ogni limite.

A questo punto prende brevemente posizione il Presidente Molignoni, il quale fa presente al consigliere Stecher che, quanto asserito dal consigliere Achmüller, non deve essere interpretato come attacco personale.

Al riguardo il consigliere Achmüller dichiara di dover respingere l'accusa di "calunnia" e di non aver inteso assolutamente usate l'espressione "utili idioti" in senso personale.

Nella discussione generale interviene per la seconda volta il consigliere Jenny per fare ancora alcune precisazioni. Egli tiene, tra l'altro, a precisare che in base allo Statuto di autonomia il Presidente della Giunta rappresenta anche lo Stato. A suo avviso la presa di posizione del consigliere Dubis sul comunismo é frutto di una carenza di obiettività e di tolleranza. In riferimento alla visita di Strauß in Alto Adige, egli osserva che si tratta di un fatto insostenibile, che costituisce un'interferenza nelle questioni interne dello Stato italiano. Dopo aver dichiarato^{che} il suo partito é d'accordo tanto con la proporzionale quanto con il bilinguismo, egli osserva che le relative norme dovrebbero venire appli-

cate in modo elastico al fine di ovviare a degli eccessi, quali lamentati dal consigliere Demetz per la Val Gardena. Il consigliere Jenny fa un'attenta analisi del problema della costruzione della scuola media di lingua tedesca a Egna e definisce il modo di procedere dell'SVP essere politica di apartheid. Egli dichiara altresì che le relazioni geografiche sull'Alto Adige distribuite dall'Assessorato alla scuola e alla cultura costituiscono una provocazione per la popolazione.

A questo punto seguono le repliche dei singoli Assessori. L'Assessore alla scuola e alle attività culturali, dott. Anton Zelger, dichiara che, come giustamente rilevato dal consigliere Bertolini, nelle nostre scuole è in corso un processo di politicizzazione che mira a scardinare il nostro sistema ed a provocare spaccature in seno all'SVP. In riferimento ai problemi relativi alla costruzione della scuola media di Egna, l'Assessore Zelger ribadisce che ogni gruppo etnico ha il sacrosanto diritto ad una propria istruzione ed anche ad avere un proprio edificio scolastico. Egli osserva che non si può parlare di politica dell'apartheid e che il consigliere Jenny vuole una scuola integrata, mentre, a suo avviso, tanto più chiari saranno i limiti tanto migliore sarà la reciproca comprensione. In merito alla questione di Egna egli fa presente che le delibere sono molto chiare e che la costruzione di un edificio scolastico per il gruppo etnico tedesco è contenuta nel programma di coalizione. Per quanto riguarda il problema del bilinguismo, l'Assessore Zelger fa rilevare che non si mira a creare una società perfettamente bilingue, ma che ognuno dovrebbe essere in grado di esprimersi nella seconda lingua secondo il suo livello culturale. Concludendo, l'Assessore Zelger entra ancora nel merito di numerosi problemi singoli, quali l'assistenza ai minorati che necessita di ulteriori misure, gli organi collegiali, l'educazione permanente, la scuola d'arte in Val Gardena, l'assistenza giovanile ed altri.

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.30.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 15.40.

L'Assessore Gebert-Deeg entra nel merito di problemi riguardanti l'assistenza ospedaliera e l'assistenza ai minorati, precisando al riguardo che per quanto riguarda i minorati non si tratta solo di una questione sanitaria, bensì di una questione anche scolastica. La signora Gebert si sofferma inoltre sulla situazione di alcuni comuni che hanno già elaborato i progetti per la realizzazione di asili nido. Nel prendere posizione sul problema della droga, l'Assessore Gebert fa presente quanto già fatto dalla Provincia in questo campo, sottolineando peraltro che si tratta di materia molto deli

cata, per cui é necessario procedere con buon senso ed oculatezza. In merito ai corsi per la preparazione di personale infermieristico essa osserva che i medesimi registrano attualmente 290 presenze, ma che questo numero é del tutto insufficiente a coprire il fabbisogno in costante aumento. Per quanto riguarda la proporzionale etnica, l'Assessore Gebert precisa che per il settore ospedaliero sussiste la possibilità di coprire i posti riservati ad un gruppo etnico con personale bilingue appartenente all'altro gruppo etnico, nel caso in cui non fosse possibile la copertura con appartenenti al gruppo etnico previsto. Il requisito del bilinguismo é di vitale importanza, considerato che il paziente ha il diritto di potersi esprimere nella propria lingua madre.

Concludendo, l'Assessore Gebert prende posizione sul problema della assistenza sanitaria agli agricoltori, al problema dei lungodegenti, della medicina del lavoro, della scuola materna e dell'educazione sessuale.

L'Assessore Mayr prende circostanziatamente posizione su questioni riguardanti il settore dell'energia elettrica. In riferimento all'elettrificazione delle zone montane egli fa presente che 970 masi di montagna sono sprovvisti di energia elettrica e precisa al riguardo che per 1/3 di questi masi i lavori verranno appaltati nel mese di giugno, mentre per i masi rimanenti é già stata conclusa la fase di progettazione. Egli sottolinea altresí che l'attuazione di molti lavori in economia ha portato i suoi frutti. Per quanto concerne la collaborazione con l'ENEL, egli sottolinea che, soprattutto dopo il passaggio delle competenze alla Provincia, la situazione é tutt'altro che soddisfacente. L'Assessore Mayr comunica inoltre che la legge concernente il sovrapprezzo termico, respinta dal Governo centrale, verrà prossimamente ripresentata in nuova formulazione. Egli sottolinea, tra l'altro, che quanto corrisposto dai grandi concessionari non corrisponde alla situazione attuale. Entrando nel merito della sistemazione dei bacini montani, l'Assessore Mayr si dice stupito per il fatto che il consigliere Nicolodi abbia mosso delle critiche alla Giunta in merito ai costi sostenuti per la pubblicazione di un fascicolo di informazione riguardante questo settore. Dopo essersi soffermato sui problemi connessi alla recente inondazione in Val d'Ultimo causata per una manovra errata delle chiuse, l'Assessore Mayr accusa il consigliere Jenny di ipersensibilità e dichiara che egli dimostra di non avere un giusto e vero rapporto nei confronti dell'Alto Adige.

L'Assessore Oberhauser si sofferma ampiamente su problemi concernenti il controllo dei comuni. Egli osserva che é stato grave errore sottrarre ai comuni la sovranità finanziaria e che la Provincia ha provveduto a ripristinare una piú ampia libertà di azione per i comuni attraverso

l'assegnazione di ingenti fondi ai medesimi. Egli entra anche nel merito dei problemi riguardanti la collaborazione fra i comuni. Per quanto riguarda le comunità comprensoriali, egli dichiara che la mancanza di una base legislativa in questo settore non va considerata uno sbaglio, in quanto si sta sempre piú delineando la tendenza alla costituzione di comuni consorziati. Nel rimandare all'esempio della Baviera, egli sostiene che determinati compiti devono essere assolti a livello sovracomunale, piú o meno secondo il modello degli attuali consorzi per le scuole medie.

L'Assessore Rubner si sofferma ampiamente sul problema delle strade e ribadisce che l'infrast-rutturazione delle zone montane é lo strumento migliore per evitare l'esodo dalle medesime. In merito alle difficoltà connesse con la costruzione della strada per S. Genesio, egli dichiara che la Provincia non intende cedere e che questa strada verrà costruita. Dopo avere fatto presente che la costruzione della strada per Proves viene sabotata dalla Provincia di Trento, egli precisa che il progetto per la costruzione di un nuovo palazzo della Provincia in via Alto Adige rimane fermo, poiché il comune di Bolzano non ha ancora elaborato un piano d'attuazione. Egli comunica inoltre che nei prossimi tre anni la Provincia stanzierá 40 miliardi di lire per la realizzazione di opere pubbliche.

In merito agli esami di bilinguismo l'Assessore Rubner comunica che l'anno scorso sono stati registrati 10.000 candidati e che questo anno sono stati finora 6.000. Egli prende circostanziatamente posizione sui problemi connessi al bilinguismo ed osserva che i politici di lingua italiana non hanno preso alcuna iniziativa. Se oggi il gruppo etnico italiano é chiamato a fare dei sacrifici non é senz'altro colpa della SVP, tanto piú che fino ad oggi i sacrifici venivano fatti solo dai sudtirolesi. A suo avviso anche i sindacati dovrebbero maggiormente impegnarsi in tal senso.

Nella sua circostanziata replica sui problemi riguardanti l'industria, l'Assessore Marcon fornisce un quadro dei provvedimenti adottati dalla Giunta ed osserva che, malgrado la crisi, é stato possibile creare nuovi posti di lavoro. In riferimento all'Istituto del Medio Credito egli sottolinea che il medesimo si trova in difficoltà per carenza di liquidità. Al riguardo egli fa peraltro rilevare che la Provincia é intervenuta con 5 miliardi di lire, per poter finanziare i progetti piú importanti. L'Assessore Marcon risponde inoltre alle domande postegli dai consiglieri Stecher, Sfondrini ed Erschbaumer e conclude illustrando la situazione del settore della formazione professionale.

A questo punto il Presidente aggiorna la seduta a martedì, 11 rispettivamente a mercoledì, 12 aprile 1978, precisando che per martedì

sera é possibile venga convocata una seduta notturna.

La seduta termina alle ore 18.40.

I SEGRETARI

- Franzelin-Werth Rosa *R. Franzelin*
- Kiem Toni *Toni Kiem*
- Gouthier Avv. Anselmo (giust.)

IL PRESIDENTE

- Mognoni Prof. Decio

[Handwritten signature]

/fm